

DIE WELT ALS BEDROHUNG

Der Ausweg heißt Nachhaltige Entwicklung

AM 12. – 13. DEZEMBER 2019
HOTEL DIETRICH-BONHOEFFER-HAUS BERLIN

HEIKE MÖLLER



Eine Veranstaltungsreihe des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und dem World University Service

EINLEITUNG ZUR FACHTAGUNG

„Die Welt als Bedrohung“

Konflikte sind Motoren gesellschaftlicher Entwicklung. Deren Bearbeitung erfolgt mit Hilfe einer Fülle akzeptierter Regeln. Bricht aber diese Akzeptanz, weil Gegensätze überwiegen, Konsens verloren geht oder die Wahrnehmung von politischen Entscheidungen subjektiv als Überwältigung empfunden wird, stellt sich für den Einzelnen die Frage:

Was tun?

Bringen uns Google, Wikipedia, Twitter und Facebook weiter? Das Internet infiziert und ist gleichzeitig aseptisch. Die Inhalte werden zwar von Menschen gemacht, aber sind in mancherlei Hinsicht „unmenschlich“. Die sogenannten „sozialen Medien“ schaffen sowohl Raum für negative Entäußerung in der Anonymität als auch positive Einmischung in die Politik und Mitgestaltung der Gesellschaft.

Aber tatsächlich „sozial“ ist nur, was Menschen verbindet. Deswegen ist es wichtig, dass wir nicht nur auf das Internet setzen, sondern tatsächlich Begegnung zur Auseinandersetzung organisieren: Auge in Auge ohne Scheuklappen. Kommunikation ist der dauerhafte Anspruch, uns Menschen als Subjekte und Beweger von gesellschaftlichen Veränderungen zu erkennen.

Als Hilfsmittel soll uns das Internet dazu willkommen sein. Ein Ersatz zum direkten Austausch in einer Demokratie ist es nicht und es bedarf auch immer wieder neuer Vorbilder aus Gesellschaft und Politik, damit eine anspruchsvolle Informations- und Bildungsarbeit auf Dauer gelingen kann. In der Demokratie muss Meinungsführerschaft mit Argumenten erkämpft werden. Wir dürfen diese nicht extremen Populisten überlassen und damit unsere eigenen Grundlagen zerstören.

Die Wahrnehmung der „Welt als Bedrohung“ blockiert die Dialogbereitschaft über notwendige gesellschaftliche Veränderungen, weil sie davon ausgeht, dass die Probleme immer bei den anderen liegen und das Eigene ohne die anderen besser

funktioniert. Dabei wird völlig ignoriert, dass eine Herauslösung aus internationalen Zusammenhängen weder möglich noch wünschenswert ist. Ganz im Gegenteil: nur in enger europäischer und internationaler Kooperation und Diplomatie kann unser aller Wohlergehen, können deutsche Interessen in vorausschauende Konfliktlösungsstrategien eingebracht und gewahrt werden.

Eine Globalisierungsdebatte, die zum Schüren von Ängsten genutzt wird, u.a. durch die Verabsolutierung auch berechtigter nationaler Interessen, zerstört die multilaterale Weltordnung im Namen eines vermeintlich gebotenen nationalen Protektionismus, der nicht Kontrolle zurückgewinnt, sondern Gemeinsamkeiten aushöhlt und zerstört. Diese Entsolidarisierung der in den letzten 75 Jahren sich aufbauenden Wertegemeinschaft einer – zumindest angestrebten – demokratischen Weltgemeinschaft stellt sich gegen den Geist aller UN-Nachhaltigkeitsziele.

Diese Fachtagung hat Menschen mit Verantwortung für Kommunikationsarbeit, unterschiedlichem Know How und dem Interesse an direktem Austausch zusammengeführt. Wir bedanken uns bei den Impulsgebern für den fachlichen Input und bei allen Teilnehmer*innen für die vorbehaltlose Auseinandersetzung damit. In unklarer Lage Verantwortung für die eigene Sprache – etwa Klarheit, Wertschätzung des Anderen, Entschleunigung – zu übernehmen ist ein Mittel, „Partei zu ergreifen“, damit wir der Umsetzung und Unterbreitung der UN-Nachhaltigkeitsziele gerecht werden und gefühlten oder tatsächlichen Bedrohungen entgegenwirken können.

*Heinz-Joachim Lohmann, Axel von Hoerschelmann,
Dr. Kambiz Ghawami, Holger Ehmke, Detlev Groß
(Steuerungsgruppe)*

DIE WELT ALS BEDROHUNG

Der Ausweg heißt Nachhaltige Entwicklung

Eingebildet oder real? Aufmerksamkeitsheischend oder abstoßend? Treffen sich Apologeten und diskutieren Weltuntergangsszenarien? Weder das Eine noch das Andere, aber von allem etwas – so könnte die wohl kürzeste Zusammenfassung dieser eineinhalbtägigen Konferenz im Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Dezember 2019 lauten. Im Veranstaltungssaal tagte vor dreißig Jahren im gleichen Zeitraum der zentrale Runde Tisch der DDR.

In der mittlerweile dritten Folge – nach den Themen Flucht und Fluchtursachen/Neustart der entwicklungspolitischen Kommunikation – gehen die Veranstalter dieser Reihe der Frage nach: Wo stehen wir gesellschaftlich? Heinz-Joachim Lohmann von der Evangelischen Akademie verweist auf Franz von Assisi¹, der als Wanderprediger Armut und Verzicht predigte in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs und gesellschaftlichen Wandels. Diese Facette des Christentums – Armut als Lebensziel, jenseits von Besitz und Reichtum – kommt in unserem Leben nicht mehr vor.

Ähnlich polarisierend stellt sich das Problem des Klimawandels „zwischen den einen, die sofort etwas ändern wollen und den anderen, die den menschen-

gemachten Klimawandel nicht akzeptieren, sondern ‚uns‘ für das Problem halten“, ergänzt Detlev Groß vom MdJEV (in der aktuellen Legislatur: Ministerium der Finanzen und für Europa). Diese beiden scheinbar auseinanderliegenden Themenbereiche – Klimawandel und Armut – haben Gemeinsamkeiten: Sie verbinden das Extreme mit dem Ausgrenzenden und das verursacht Kommunikationsblockaden. Bis eine Idee zur Reife kommt, dauert es hierzulande etwa 15- bis 20 Jahre und auch wir brauchen so lange, bis wir das breite Spektrum an wissenschaftlichen Erkenntnissen und unterschiedlichen Erfahrungswerten zielführend zusammenbringen. Den globalen Rahmen dafür bietet die Agenda 2030 und die 17 Sustainable Development Goals (SDGs).

¹ (1182/82-1226), 1980 von Papst Johannes Paul II. als Patron des Umweltschutzes und der Ökologie erklärt



Gerade weil die Bedrohung an vielen Stellen sichtbar wird, wirbt der Experte für christliche Gesellschaftslehre, Professor **WOLFGANG PALAVER** von der Universität Innsbruck, in seinem Vortrag für einen nachhaltigen Wachmacher wie etwa die apokalyptische Weltsicht des französisch-amerikanischen Kulturanthropologen René Girard. Der Blick auf die Weltuntergangsuhr (Doomsday clock), deren Zeiger heute wieder auf bedrohliche zwei Minuten vor Zwölf stehen, bestätigt Girards These vom möglichen Ende der abendländischen Welt und seinen Aufruf, die Apokalyptik nicht den Fundamentalisten zu überlassen.

ANGST VERSUS HOFFNUNG

Palaver führt im Folgenden zwei Thesen aus, die die Zweischneidigkeit von Angst und Hoffnung illustrieren. Im ersten Szenario braucht es einen aufgeklärten Katastrophismus, um mit diesem gegen eine Hoffnung anzugehen, die lähmt. Denn jeder Hoffende verhindert das Besserwerden einer anderen Instanz. Greta Thunberg formulierte es so: „...ich will eure Hoffnung nicht. Ich will nicht, dass ihr hoffnungsvoll seid. Ich will, dass ihr in Panik geratet. ... Ich will, dass ihr handelt, als stünde euer Haus in Flammen. Denn das ist der Fall.“¹

AUFGEKLÄRTER KATASTROPHISMUS HILFT

Ernst Blochs Werk „Das Prinzip Hoffnung“ aus den 1950er Jahren stand für einen hoffnungsvollen Fortschrittsglauben, der uns heute abhandengekommen ist. In kritischer Wahrnehmung der Gefahrenlage unserer hochtechnisierten, modernen Welt distanzieren sich auch schon zeitgenössische Philosophen wie Günter Anders oder Hans Jonas von Blochs Betonung der Hoffnung. Jonas trat für eine Heuristik der Furcht ein, d.h. eine gut begründete Furcht sei höher zu werten als die Hoffnung. Gegen eine gefährliche Apokalypse-Blindheit forderte auch der französische Sozialphilosoph Jean-Pierre Dupuy, auf Anders und Jonas aufbauend, einen „aufgeklärten Katastrophismus“, damit wir rechtzeitig aktiv werden, um Gefahren abzuwehren. Im Bereich der elektrischen Energie beispielsweise wird europaweit zu Recht eine Haltung des aufgeklärten Katastro-



phismus eingenommen. Es ist keine Frage mehr, ob das Stromversorgungsnetz zusammenbricht, sondern wann. Eine „Nur-keine-Panik-Haltung“ lenkt nach Karl Jasper in die falsche Richtung. Er setzte darauf, dass „Angst der Grund zur Hoffnung“ sei.

ZUKUNFTSANGST OHNE HOFFNUNG LÄHMT

Im zweiten Szenario lähmt die Zukunftsangst ohne Hoffnung. Ohne Hoffnung droht ein: Nach uns die Sintflut. Angst ist zweideutig. Wo die Angst vor den Gefahren überhandnimmt und keine Hoffnung auf Änderung mehr besteht, lähmt sie und endet in der Schockstarre. Was bleibt, ist die Flucht in den Konsum. So steht es denn auch in der Bibel: „Lasst uns essen und trinken; denn morgen sind wir tot.“ (1 Kor 15,32). Dem entgegen steht Martin Luthers zugeschriebene Haltung: „Und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, so würde ich doch heute mein Apfelbäumchen pflanzen.“ Die christliche Hoffnung wartet nicht in fatalistischer Haltung auf die endgültige Katastrophe, sondern ermutigt zu einem aktiven Eingreifen in Sorge um die Welt. Für den ehemaligen tschechischen Staatspräsidenten

¹ G. Thunberg: Ich will, dass ihr in Panik geratet! Meine Reden zum Klimaschutz, Frankfurt am Main 2019, S. 43 und 48.

Vaclav Havel ist die Hoffnung „Orientierung des Geistes, Orientierung des Herzens, die die unmittelbar gelebte Welt übersteigt.“¹

VERANTWORTUNG ANSTELLE VON FURCHT

Hans Jonas hat dem Prinzip Hoffnung nicht die Furcht, sondern die Verantwortung gegenübergestellt. Und auch René Girards Apokalypse begründet die Hoffnung damit, dass die Dinge in der Welt einen Sinn haben. Ein Verstärken der Angst ohne jede Hoffnung führt leicht zu jenen gefährlichen Formen populistischer Angstpolitik, die sich in den letzten Jahren weltweit ausgebreitet haben.²

Wer trägt die Verantwortung für die ökologischen Gefahren und die wachsende Kluft zwischen arm und reich, fragt Wolfgang Palaver und verweist auf die Umwelt- und Armutsenzyklika „Laudato si“ (2015) von Papst Franziskus. Zuerst sei jede und jeder einzelne von uns verantwortlich, denn gesellschaftliches Engagement beginnt beim Einzelnen. Ein einziger guter Mensch sei genug, um die Hoffnung nicht untergehen zu lassen – so der Papst – und fordert eine gemeinschaftliche Umkehr und Bildung von Netzen in der Gemeinschaft. Die Zivilgesellschaft solle sich für das Gemeinwohl einsetzen und sich so von der konsumorientierten Gleichgültigkeit befreien.

FRAGEN ÜBER FRAGEN

In der anschließenden Diskussion wird allen voran die Frage aufgeworfen, was Apokalypse und Katastrophe eigentlich bedeuten. Explodiert unsere Erde in 100 Jahren oder ist es unsere Lebensweise, die so nicht mehr existiert? Ist unser Wirtschaftssystem dafür verantwortlich, wenn wir hierzulande auf Kosten anderer in der Welt leben? Welchen Nutzen zieht der Rechtspopulismus daraus? Wie kann es gelingen, im Sinne eines universellen Verantwortungsbewusstseins in der täglichen Kommunikation den Referenzrahmen der Welt aufzubauen? Welche kulturellen Angebote können wir einem ständigen Bedrohungsszenario entgegenhalten und welche Auswirkungen hat dies auf die Entwicklung eines

Grundvertrauens unserer Kinder und Jugendlichen? Ist das Thema in den Schulen angekommen und wie sieht es wirklich aus mit dem eigenen klimaneutralen Verhalten?

Wir können nicht an Katastrophen glauben, deshalb tun wir nichts, so Wolfgang Palaver. Keiner hält sich das eigene Todesszenario ständig vor Augen. Der dänische Philosoph Sören Kierkegaard verwies auf ein ähnliches Problem, als er im Blick auf die Partnerwahl zwischen dem Ästhetem, für den es eine Unzahl von Möglichkeiten gibt, und dem Ethiker unterscheidet, der sich für eine Person entschieden hat. Ähnlich müssen wir im Blick auf Katastrophen von der bloßen Möglichkeit, die uns unbewegt lässt, zur konkret angenommenen Gefahr übergehen, die uns zum Handeln antreibt.

ANTWORTEN VON DAMALS AUF FRAGEN VON HEUTE

Was hat Europa aus den erlebten Apokalypsen gelernt? Liest man die zwischen 1955 und 1960 verfassten Texte der vom Nationalsozialismus vertriebenen Juden wie Günther Anders, Hans Jonas, Karl Jaspers und anderen über die damals virulente atomare Bedrohung wird man feststellen, dass ihre Antworten auch auf unsere heutige, vielleicht noch bedrohlichere Situation zutreffen.

Was gilt im naturwissenschaftlichen Sinne als bedrohlich? Vor über 40 Jahren gab es die Diskussionen um den Sauren Regen. Auch wenn die Stimme der Klimaleugner in den letzten Jahren schwächer geworden ist, absolute Gewissheit gibt es nicht, denn die Klimakatastrophe tritt erst dann ein, wenn der Tipping-Point überschritten ist.

Man tue gut daran, bestimmte Katastrophen als sicher kommend anzunehmen, um tätig zu werden. Aktivisten von Fridays for Future (FfF) haben dies verstanden und versuchen, uns mit Nachdruck darauf aufmerksam zu machen. In der Politik ist es notwendig, auf Bedrohungen hinzuweisen, ohne diese ins Zentrum zu stellen. Zum einen, um dem Rechtspopulismus nicht in die Hände zu spielen, zum anderen um die Gefahr eines Fatalismus' einzugrenzen. Nur wem bewusst ist, dass die Katast-

¹ V. Havel: Fernverhör. Ein Gespräch mit Karel Hvizd'ala, Reinbek bei Hamburg 1987, S. 220.

² W. Palaver, Populismus und Religion angesichts einer Politik der Angst: Salzburger Theologische Zeitschrift 23/2 (2018), S. 33-45.

rophe gegenwärtig ist, lässt Taten folgen. Denn wer trotz drohender Gefahren einfach so weitermacht wie bisher, ist der Pessimist, sagt Hans Jonas.

Die Jugendlichen sehen die Probleme ganz unverblümt. Glaubwürdige Vorbilder und Personen sind so wichtig wie noch nie zuvor. Auch deshalb wirkt Papst Franziskus so glaubwürdig. Er hat die Kühnheit besessen, sich nach Franz von Assisi zu nennen, obwohl dieser seinerzeit der Gegenspieler des Papstes war. Es tut uns gut, diese Haltung zu schätzen.

Mit Kapitalismuskritik im großen Stil komme man nicht weiter, nur in kleinen Schritten. Auch sollten wir mehr auf die Sprache achten, denn mit Begriffen wie „Migrationskrise“ geben wir gesellschaftlichen Kräften Vorschub, die wir nicht in unseren Diskurs einschleichen lassen wollen. Die Kirche muss an die gesellschaftlichen Ränder gehen, Kommunen müssen Begegnungsräume bereitstellen, denn da wo Begegnung stattfinden, werden Kräfte gestärkt, die Krisen überwinden helfen.

SENDEN OHNE EMPFANG:

Warum die Kommunikation zu Nachhaltiger Entwicklung an der Bevölkerung vorbeigeht.

Auf die Frage, ob die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele nicht oder zu wenig kommuniziert werden, gibt es keine klare Antwort. Warum, das erklärt **MATTHIAS GÜLDNER** von der Universität Bremen und differenziert die Ausrichtung der SDG-Kommunikation in Tiefe versus Breite.

SDG-KOMMUNIKATION: TIEFE VERSUS BREITE

Für die positive Tiefenwirkung nennt er zahlreiche Beispiele: Medientaugliche Ausrichtung der Kampagne vor allem auch in den neuen sozialen Medien, barrierefreier Zugang mittels leichter Sprache und Gebärdensprache dank Engagement Global, Gründung eines neuen Fachbereichs an der Universität Leipzig (E4SC – Communication for Social Chance), der sich mit den Fragen der Entwicklungspolitik und Kommunikation beschäftigt, grafische Umsetzung der SDGs und der Agenda 2030 sowie zahlreiche Aktivitäten von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft in den Bereichen Bildung und Kommunikation.¹



¹ Ute Stoltenberg/Daniel Fischer: Bildung und Kommunikation als integraler Bestandteil der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie? In: Gerd Michelsen (Hrsg.): Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Wegweiser für eine Politik der Nachhaltigkeit, Forum hz, Hessische Landeszentrale für Politische Bildung, 2017.

Diese Aktivitäten führen zwar innerhalb der internen Kommunikation der Eingeweihten oder Interessierten zu einer höheren Stufe der Aufklärung, erreicht aber eine äußerst geringe Teilmenge von Entwicklungs- und Nachhaltigkeitskenner*innen. In der Breite haben sie kaum nennenswerte Resonanz gefunden. Zu diesem ernüchternden Ergebnis kam der Meinungsmonitor Entwicklungspolitik von 2018, in der die Einstellungen zu Entwicklungszusammenarbeit und Nachhaltigen Entwicklung sowie die Kenntnis zu den SDGs in der deutschen Bevölkerung abgefragt wurden. Lediglich 10 Prozent der Befragten wussten, worum es geht, 30 Prozent gaben an, schon einmal davon gehört zu haben. Auf Nachfragen der Interviewer stellte sich allerdings heraus, dass kein Wissen über die tatsächlichen Inhalte vorhanden war. Rund 50 Prozent haben gleich verneint, etwas über die SDGs zu wissen.

Schlussfolgerung: Die Agenda 2030 ist bei einem Großteil der Bevölkerung noch nicht angekommen! Selbst bei den Akademiker*innen im Lande herrscht erschreckende Unkenntnis! Woran liegt das?

NICHT OHNE DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Eine der Überlegungen aus diesem Befund lautet, man müsse die SDGs der Bevölkerung intensiver vermitteln. Dafür sollen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Einflussmöglichkeiten aufgezeigt werden, durch die sie ihr Engagement in relevanten Politikfeldern wie Umwelt, Wirtschaft und Bildung wahrnehmen und damit ihre Selbstwirksamkeit stärken. Ohne die Unterstützung der Bevölkerung können wir die Ziele nicht erreichen. Aber wie soll das funktionieren, wenn weder Verständnis noch Interesse an den SDGs vorliegt?

Einer der Hauptkritikpunkte ist, dass die SDGs durch ihre Quantität und Komplexität sehr schwer zu kommunizieren sind. Allein die Anzahl von 17 Hauptzielen mit teilweise mehreren inhaltlichen Forderungen, ergänzt durch 107 Unterziele und 62 Umsetzungsmaßnahmen ist eine deutliche Überforderung. Hinzu kommen deren komplexe Zusammenhänge in der politischen und technischen, nationalen und multilateralen Umsetzung. Allein die Unterteilung in 169 Unterziele verhinderten jeden Versuch einer Priorisierung, beklagen die NGOs.

DER ERFOLG DER POPULISTEN

Man dürfe die einfache Sprache nicht den Populisten überlassen, lautet eine der Forderungen Güldners. Denn Seriosität gehe auch mit einfacher Sprache, die die Menschen erreicht. Fachsprache blockiere eher die Kommunikation. Der Erfolg der Populisten sei vor allem auch ein Ergebnis der Repräsentationsschwäche der etablierten Parteien und ihrer abgehobenen und selbstreferenziellen Diskurse innerhalb des oberen Gesellschaftsdrittels. Das untere (Bildungs-)Drittel findet dort keine Stimme. Die Rechtspopulisten aller Länder buhlen in der Hauptsache um den nicht-akademischen Teil der Bevölkerung. Deshalb ist es zwingend notwendig, die Basis des Verständnisses, der Nachvollziehbarkeit und des Engagements zu verbreitern, um mit mehr gesellschaftlicher Kraft an die verbindliche Umsetzung einzelner Entwicklungsziele gehen zu können.

Dieselben NGOs, die mittels emotionaler Bilder von Elend, Hunger und Leid, persönlichen Briefen etc. Spendengelder einwerben, möchten auch das Bewusstsein für die SDGs in die Bevölkerung tragen. Dazu ist eine konkrete und direkte Kommunikation notwendig. Idealerweise nutzt diese der Durchsetzung der SDGs auf globaler und politischer Ebene sowie den Kindern der Welt langfristig und nachhaltig mindestens ebenso wie das Einwerben von Spendengeldern.

Die 16-jährige Greta Thunberg löste mit ihrem anfangs recht einsamen Schulstreik für das Klima vor dem schwedischen Parlament in Stockholm weltweite Proteste aus. Ohne kostspielige PR-Agenturen hat sie allein durch ihre Authentizität, Originalität, Innovation und Konsequenz innerhalb eines Jahres einen massentauglichen Anknüpfungspunkt für die SDGs geschaffen. Die Klimaschutzbewegung Fridays for Future und daran anschließende Mobilisierungskampagnen können ein guter Motor für die (Bildung für) nachhaltige Entwicklung sein. Ergreifen wir die Chance!

KOMPETENZEN UND SPRACHE

Die Ergebnisse der anschließenden Diskussion ergaben folgende Punkte: Es bedarf noch einer Menge zusätzlicher Kommunikationskompetenzen, schwierige Sachverhalte, wie es die SDGs sind,

pädagogisch und didaktisch so aufzubereiten, dass sie allgemeinverständlich je nach Anforderungsgrad abrufbar sind und zwar in allen Schularten, der Berufsbildung, an den Universitäten, in der Erwachsenenbildung, in den kommunalen und ministeriellen Verwaltungen und in der Wirtschaft.

Die dafür verwendete Sprache sollte nicht nur die rationalen Komponenten übermitteln, das komme bei den Menschen nicht an. Veränderungsprozesse wecken Emotionen, denen wiederum mit Emotionen in der Sprache begegnet werden müsse. Will man die Akzeptanz in der Bevölkerung zurückgewinnen, bedarf es einer direkten, einfachen Ansprache. Das Verstehen ist die wichtigste Voraussetzung für

das Mitmachen. Das erklärt zum Beispiel auch den Wahlsieg Donald Trumps, weil die große Mehrheit der Erwachsenen seine Wahlkampfreden verstanden haben, wie eine Studie von 2018 nachweist.

Das technokratische und routinemäßige Abspulen von Kampagnen gebiert nur thematische Totgeburtten. Die Debatte ist komplex und in dem Moment, wo die Botschaft ohne Resonanz bleibt, ist der Übergang zur Propaganda nicht fern. Um diese Prozesse zu entkoppeln, brauchen wir ein anregendes Diskursfeld, sachverständige und vor allem so genannte trivialisierungskompetente Erzähler, die Geschichten rund um die SDGs erzählen und auf lokale Prozesse und Akteure runterbrechen.

FAIR TRADE MIT BREITENWIRKUNG ODER

Best Practice in der Echokammer

Als einer der Pioniere des Fairen Handels in Europa begann El Puente 1972 als ökumenisch, karitativer Verein mit dem Import von Kunsthandwerk aus Lateinamerika. Die El Puente GmbH (1977), als Fair-Trade-Unternehmen, hat 2018 mit 60 Mitarbeitenden einen Umsatz von 10 Mio. Euro erwirtschaftet. Der Anteil des Online-Handels beträgt 5 Prozent.

Als Mitglied in der World Fair Trade Organisation (WFTO) kooperiert das Unternehmen mit ca. 140 Handelspartnern wie Kooperativen, Familienbetrieben und lokalen Fair-Trade-Organisationen in mehr als 40 Ländern. Deren Produkte vertreibt El Puente in rund 800 Weltläden in Deutschland und Europa. Gemäß seines Ursprungsgedankens zielt das Unternehmen auf ein Bewusstsein für nachhaltige und entwicklungspolitische Themen innerhalb der Gesellschaft ab und zeigt Akteur*innen Teilhabe- und konkrete Handlungsmöglichkeiten auf (weiterlesen auf www.el-puente.de).

FAIR-TRADE-BEWEGUNG

Die Ursprünge der Fair-Trade-Bewegung liegen in der 68er- und der Friedensbewegung. Die Idee, mit gerechtem und Fairem Handel die Welt ein Stück weit zu verbessern, hat sich nicht nur erfolgreich durchgesetzt. Sie hat sich auch den sich verändernden Gegebenheiten geschickt angepasst.

Mit der Gründung von TransFair in den 1990er Jahren, wurde das Wachstum in die Breite ermöglicht: Supermärkte und selbst Discounter wie Aldi und Lidl haben Fair-Trade-Waren in ihr Sortiment aufgenommen. So können auch Unternehmen am Fairen Handel teilhaben, die nicht ihre gesamte Produktion wie El Puente auf faire Produkte umgestellt haben. El Puente verzichtet darüber hinaus auf den bei einzelnen Produkten möglichen Mengenausgleich. Eine Herausforderung der es zu begegnen gilt, besteht darin, dass Produzent*innen oftmals nicht ihre gesamte Produktion in den Fairen Handel absetzen können.

Der Faire Handel und dessen Ziele finden sich in den SDGs wieder: Sowohl **Ziel 1 – Armut in jeder Form und überall beenden** und **Ziel 12 – Für nachhaltige**

Konsum- und Produktionsmuster sorgen gelten für alle Länder weltweit. Auch der Faire Handel von El Puente und der WFTO verfolgt einen weltweiten Ansatz: Es gilt wirtschaftlich benachteiligte Gruppen zu unterstützen, und dazu zählen neben Produzent*innen in den Ländern des Globalen Südens auch beispielsweise Bäuer*innen im Globalen Norden.

GUTES LEBEN FÜR ALLE

Gemeinsame Interessen innerhalb der Bewegung des Fairen Handels zu verfolgen erfordern Aufgeschlossenheit und Experimentierfreudigkeit. Was heute noch gehypt wird, kann morgen schon vergessen sein. Derzeit macht sich El Puente Gedanken, wie Logistik nachhaltiger gestaltet werden kann. 2019 wurde beispielsweise Kaffee für El Puente mit einem Segelfrachter aus Nicaragua nach Hamburg gebracht. Das ist zwar keine Lösung für alle Produkte, aber es setzt ein wichtiges Zeichen für einen nachhaltigen Transport. „Der Kaffee kostet 2 Euro mehr. Damit können derartige Investitionen finanziert werden. Es gibt noch kein Konzept, wie die fair gehandelten Warenströme im Welthandel künftig bewegt werden, aber eine Antwort darauf ist unausbleiblich“, sagt Geschäftsführer **MARTIN MORITZ**. Einen wichtigen Schritt, um den Welthandel gerechter zu gestalten, sieht El Puente in der Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes in Deutschland. Als Mitglied des Forum Fairer Handel befürwortet El Puente die Forderung und bringt sich in die Kampagne ein.

NEUE IDEEN FÜR FAIR TRADE

Mit dem Thema „unverpackt“ tritt El Puente nun auch an die Weltläden heran. Diese hätten ähnlich der Hofläden die identische – karitativ orientierte - Konsument*innenszene, wurde in der Diskussion bemerkt. Auf die Frage, ob es in unserem Wirtschaftssystem überhaupt ein faires Handelssystem gäbe und wie viel Wertschöpfung im Ursprungsland bleiben könne, zitiert Martin Moritz Ergebnisse aus Markt- und Zielgruppenstudien, die besagen, dass 30-40 Mio. Menschen hierzulande zu einer Verbesserung der Weltsituation beitragen wollen. El Puente misst sich an den selbst gesetzten Fair-Trade-Maßstäben, die auf den zehn Grundsätzen



des Fairen Handels der WFTO beruhen. Zu einigen Produktgruppen gibt es nachvollziehbare, anschauliche Darstellungen, wie die Preise zustande kommen (<https://www.el-puente.de/fairer-handel/preiskalkulation/>). Auf Anfrage stellt El Puente Kostenkalkulationen zu Produkten im Sortiment zur Verfügung, denn Transparenz ist ein wichtiger Grundsatz im Fairen Handel. Ein genereller Preisvergleich zwischen fairem und konventionellem Handel kann schwer gezogen werden. Für viele Lebensmittel richtet sich El Puente nach Mindestpreisen, die gerade bei Produkten wie Kaffee, die an der Börse gehandelt werden, eine wichtige Absicherung darstellen. Insgesamt werden die Produkte nachhaltig und im Dialog kalkuliert. Grundsätzlich versucht El Puente Produkte auf einem möglichst direkten Weg zu beziehen. Wie viel Wertschöpfung im Ursprungsland bleibt, ist pauschal schwer zu sagen. Aber auch hier probiert El Puente neue Modelle aus, die immer auch an der Schnittstelle zur Nachhaltigkeit sind. Im El Puente Lebensmittel-Sortiment finden sich mehr als 100 Produkte deren Wertschöpfung komplett im Herkunftsland erfolgt ist.

DER MENSCH DENKT NICHT GLOBAL: Dialog und was dann?

CHRONOS VERSUS KAIROS

Wie interessiere ich Menschen für etwas, das für sie von einer abgehobenen Ebene mit abstrakten Worten daherkommt? Diese Frage stellt sich der Pfarrer, Mediator und Moderator in Person von **HOLGER THOMAS**. Seine Herangehensweise ist einfach und gleichzeitig ein theologischer Ansatz: Im antiken griechischen Denken gab es zwei Zeitvorstellungen – Chronos, linear und Kairos, der unverwechselbare Zeitpunkt. Übertragen auf die Agenda 2030, die UN und die SDGs, handelt es sich hier um Zeiträume, die weit weg liegen, Institutionen, zu denen es keinen direkten Bezug im Alltag gibt und Ziele, die unbekannter nicht sein könnten.

Auch in Bürgergesprächen und Dialogreihen ist festzustellen, dass das Interesse proportional zur globalen Dimension des Themas abnimmt. Bürgerdialoge geraten öfter zu Politikunterricht, in dem erst einmal Zusammenhänge und Strukturen erklärt werden müssen, in denen Themen bewegt werden. Ortswechsel vom Kiez zum Zentrum führen zu Motivationsverlust und Beteiligungsschwund. Auf die SDGs gemünzt heißt das: Diskussionen über das Leben unter Wasser (SDG 14) sollten nicht in den Alpen, sondern müssen an Nord- und Ostsee stattfinden.

Kairos: Wann ist der perfekte Zeitpunkt, ein Thema zu besprechen? Klimawandel eher an einem heißen Sommer- (oder lauen Wintertag), als an einem regnerischen Herbsttag. Die Theorie (Social Change Theory, SCT) weist auf die Differenz zwischen externer Wahrnehmung (social problem) und systeminterner Deutung und Motivation (social issue) hin. Um Menschen für Veränderungen zu gewinnen, empfiehlt es sich, Themen aufzugreifen, die an die Lebenswelt der Adressat*innen anschließen. Kurz gesagt: Die Herausforderung besteht in der Verknüpfung von social *problem* und social *issue*.

DIALOG TUT NOT

Reden hilft. Herausfinden, was den Leuten wichtig ist. Das Sich-darauf-Einlassen – Interessen zusammenzubringen – ein Gefühl dafür zu entwickeln,



dass es wichtig ist, eine Einigung herzustellen. Wie wollt ihr, dass wir gemeinsam damit umgehen? Mediation lebt von der Freiwilligkeit der Mitwirkenden. In der Organisationskultur bedarf es kleiner, aber wesentlicher Schritte für eine Kulturveränderung. Es braucht Zeit und Geduld, Quantität in Qualität umzuwandeln.

In der folgenden Diskussion stellte sich heraus, dass Aktionen von Gruppierungen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion viele Menschen überfordern. Letztlich seien es immer dieselben, die sich für globale Themen interessierten. Keiner glaubt, dass wir innerhalb der Agenda 2030 die Ziele erreichen könnten. Die Bereitschaft für den dafür notwendigen kulturellen Wandel sei in der Breite nicht vorhanden. Nicht mit einzelnen Projekten, sondern nur mit weitgreifenden Ansätzen könnten die Einstellungen geändert werden. Es gibt auch positive Meldungen: Schleswig-Holstein hat begonnen, seinen Raumentwicklungsplan neu und ausdrücklich nach den SDGs auszurichten. Es geht eben doch, wenn es politisch gewollt ist. Das wünscht man sich auch von der Kohlekommission in der Lausitz. Hier könnte Mediation intensiver genutzt werden, gesellschaftliche Lernprozesse zu begleiten.

SDGS NUR FÜR AKADEMIKER?

Bundes- und Landeszentralen in der Bildungsnische

Man stelle sich folgendes Bild vor: Die drei Platzhirsche der politischen Bildungsarbeit winken sich von Nische zu Nische freundlich zu, überlegen sich, wie sie in der politischen Bildungsarbeit in Punkto Nachhaltigkeit zu mehr Vernetzung und Bündnisarbeit kommen. Dieses Szenario hat der ehemalige Leiter der Landeszentrale in Bremen (1987 bis 2012), **HERBERT WULFEKUHL**, vor Augen, denkt er an die Umsetzung der 17 SDGs in der Bundesrepublik.

SDGS? WAS IST DAS?

Treffen die SDGs auf eine gänzlich unvorbereitete Bevölkerung? Wenigsten 10 Prozent haben die Botschaft verstanden. Warum lassen sich Botschaften so schlecht transportieren? Aus Sicht der politischen Bildungsarbeit sind die Lernziele: Einsicht, Einsicht, und nochmal Einsicht. Bereitschaft und Mut, die in der Gesellschaft kontrovers debattiert Themen auch so differenziert darzustellen, damit sich die Teilnehmenden ihre Meinung unabhängig bilden können - Stichwort Überwältigungsverbot¹. Nach Meinung Herbert Wulfekuhs handelt es sich hierbei um das größte „Umerziehungsprojekt“ seit Ende des Zweiten Weltkrieges, quasi um eine Revolution von oben.

Was macht die Regierung? Im 170seitigen Koalitionsvertrag der Bundesregierung kommt Nachhaltigkeit auf Seite 159 das erste Mal vor. Wie viel Staatsgewalt ist erforderlich, wenn alle 17 Ziele durchgesetzt werden sollen? Und wie viel Moral trägt die Politische Bildungsarbeit? Es ist riskant, die Menschen mit den eigenen politischen Hoffnungen zu bedienen. Hinzu kommt die Political Correctness – hier ist Vorsicht geboten, denn wenn Veränderungen nicht sauber kommuniziert werden, machen die Menschen nicht mit.



NOTWENDIGKEIT UND WIDERSTAND

Die notwendigen Beschlüsse für die Realisierung der SDGs in Form des Klimapaketes erzeuge Betroffenheit und regelrechte Widerstände in der deutschen Bevölkerung, nicht zuletzt unterstützt von prominenten Namen wie Trump oder Bolsonaro, flankiert von einer populistischen „BILD“-Zeitung. Die Menschen ahnen es: Es wird ein Minus-Geschäft. Die diffuse Herangehensweise wirkt kontraproduktiv und es wird sich weggeduckt, weil es ja auch anders kommen könnte.

Fazit der Diskussionsrunde: Nach den geäußerten Erfahrungen der Teilnehmenden scheint der Themenkomplex Nachhaltigkeit in den Bildungszentralen bisher noch nicht angekommen zu sein. Auch wenn manche gerne in ihrer Nische bleiben wollen, sollte doch mehr als bisher angeboten werden, wie z.B. best *practise* Modelle, die zu neuen Lösungsansätzen führen können. Es bedarf dringend des geschulten Umgangs mit dem Rechtsextremismus.

¹ Mit dem sog. Beutelsbacher Konsens von 1976 hat sich die staatliche politische Bildung auf drei fachliche Prinzipien als Minimalkonsens geeinigt: Überwältigungsverbot (keine Indoktrination); Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht; Befähigung der Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren und zu vertreten.

Dafür braucht es einen Leitfaden¹, wie man derartige Gespräche führt, sonst fliegen einem Dinge um die Ohren, es wird skandalisiert und das Gespräch ist vorbei. Man muss BürgerInnen auf extremen Populismus aufmerksam, mögliche Optionen und Alternativen herausstellen und politisch deutlich machen, was geht und was nicht. Die Klimakrise ist

bereits da, muss sie erst noch intensiver werden? Die Katastrophen finden noch zu weit von uns entfernt statt. Deshalb treffen Klimakrise und damit einhergehende Bildungspolitik nicht nur auf eine unvorbereitete, sondern auf eine gänzlich unwillige Bevölkerung.

BEISPIEL AFRIKA: STIEFKIND IN DEUTSCHEN MEDIEN

Presse muss sich verkaufen

HORAND KNAUP versteht sich Zeit seines Berufslebens vor, während und nach seiner Arbeit als Journalist beim „Spiegel“ als kritischer Begleiter der deutschen Entwicklungspolitik in Afrika. Eine Berichterstattung zu Afrika sei nur in Spurenelementen existent, so Knaup. Die Medien verhalten sich in Bezug auf den Kontinent nicht anders als es Politik und Wirtschaft tun. Die NGOs, einst Treiber des Diskurses, fallen als konstitutives Element der Debatte aus. BMZ-Minister Müller redet mit einem Engagement wie der Papst, nur leider folgenlos.

UNVERSTÄNDNIS UND SKEPSIS

Die deutsche Wirtschaft steht Afrika nach wie vor skeptisch gegenüber: Wenn Investitionen, dann möglichst nur mit staatlicher Absicherung. Reisen der Kanzlerin finden eher vor dem Hintergrund der Bekämpfung von Fluchtursachen statt. Die Millionen fließen nicht in EU-Entwicklungspolitik, sondern dahin, wo sie der EU-Grenzpolitik dienen. Migrationswissenschaft an den Hochschulen erfährt große Aufmerksamkeit. Hingegen werden Lehrstühle, die sich umfassend und kritisch mit der europäisch/deutschen Süd-Politik auseinandersetzen, nicht mehr adäquat besetzt.

Wo findet die Debatte über die afrikanische Perspektive statt? Allen voran die Debatte über diejenigen, die sich auf den Weg nach Europa machen? fragt Horand Knaup. Wo fließt der Hinweis ein, dass viele afrikanische Regierungen überhaupt nichts gegen den Exodus ihrer jungen Männer haben? Innerafrikanische Migration ist ohnehin Teil der Sozialkultur vieler Gesellschaften dort. Es ist ebenso ein



probates Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Zumal die Rücküberweisungen der Emigranten für die Wirtschaften ihrer Herkunftsländer eine nicht zu unterschätzende Größe darstellen.

NGOs als Co-Eliten?

Im Vergleich zu den erfolgreich agierenden Umwelt-NGOs, die der Bundesregierung ein höheres Tempo beim Klimaschutzgesetz abverlangen, auf einen schnelleren Kohleausstieg drängen und eine CO₂-Steuer einfordern, haben sich die Nord-Süd- und Entwicklungs-NGOs eine Art Selbstfesselung auferlegt. Die Gründe, und damit zitiert Horand Knaup die Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung, Barbara

¹ Philip Manow: Die politische Ökonomie des Populismus, Suhrkamp Verlag, 2018

Unmüßig, die selbst der NGO-Szene entstammt, lägen darin, dass „professionelle NGOs ... in vielen Fällen als Co-Eliten betrachtet und von Regierungen auch so instrumentalisiert“ werden. Dabei verlören sie ihre Beobachter-Funktion und Rolle als Gegenöffentlichkeit. Anstelle über grundlegende Fragen einen neuen Nord-Süd-Dialog zu eröffnen, schrieben die NGOs Anträge für millionenschwere Projekte. Öffentliche Mittel sind wichtiger geworden als Spenden. Die GIZ (akquiriert zwar keine Spenden, aber) weiß regelmäßig zum Jahresende nicht mehr, wie und wohin sie ihre Mittel abfließen lassen soll. Die Chefs der NGOs fühlen sich geschmeichelt, mit dem Minister nach Ghana, Äthiopien, Namibia oder Kenia fliegen zu können oder zur Bundeskanzlerin zum Abendessen ins Kanzleramt eingeladen zu werden. Die Fokussierung aller auf das 0,7-Prozent-Ziel tötet jede ernsthafte inhaltliche Debatte ab. Vielleicht, so Horand Knaup, wäre es sinnvoller zu diskutieren, wie man das Geld besser und effektiver ausgibt, als die Mittel stetig weiter zu erhöhen.

ENTWICKLUNGSPOLITIK AUS DEUTSCHER SICHT

Die Diskussion der Teilnehmenden über die deutsche Entwicklungspolitik differenzierte sich je nach beruflichem Hintergrund und geografischer Herkunft. Grundsätzlich wurde die Kritik am BMZ und die Notwendigkeit zur Reform der Vorfeldorganisationen (insbesondere GIZ und Engagement Global) geteilt. Diese Veränderung ist nicht erst seit Dirk Niebel, sondern bereits von Heidemarie Wieczorek-Zeul eingeleitet worden. Ob es dadurch allerdings zu einer effektiveren deutschen Entwicklungspolitik gekommen ist, wird unterschiedlich beurteilt. Innerhalb Deutschlands müssten die neuen Formen der Zusammenarbeit auch mit den NGOs noch zeigen, ob sie die Öffentlichkeit für die Themen der Entwicklungspolitik und der Nachhaltigen Entwicklung gewinnen können.

DER BLICK AUS AFRIKA AUF EUROPA

Ganz anders der Blick von Teilnehmenden aus afrikanischen Ländern. Hier wurde die Frage gestellt, woher eigentlich die Motivation Deutschlands komme, sich entwicklungspolitisch in Afrika zu betätigen. Das Handelsvolumen mit dem gesamten

Kontinent beträgt lediglich 45 Mrd. Euro (2018) und liegt im Vergleich noch unter dem deutsch-ungarischen Handelsvolumen. Deutschland solle nicht versuchen, Afrika retten zu wollen, so ein Teilnehmer, denn jede Region, jedes Land rettet sich selbst. Warum solle ein afrikanischer Entscheider Europa vertrauen? Es gebe viele Staaten in Afrika, die sich gut entwickeln. Der ewige Blick auf Krieg, Krankheit und Hunger in Verbindung mit dem afrikanischen Kontinent verstelle den Blick auf die positiven Entwicklungen vieler Staaten, nicht zuletzt durch indisches und chinesisches Engagement.

In der jungen afrikanischen Bevölkerung liege enormes Potenzial, so ein Teilnehmer aus Tansania. Es gebe Projekte, wie beispielsweise das der Handelskammer Hamburg, die eine Ausbildung für Jugendliche finanzierte. Derartiges werde oft zu wenig kommuniziert, die Laufzeit der Modell-Projekte sei zu kurz, um sie zu etablieren und die Strukturen im Land seien zu schwach. Die zahlreichen NGOs im Land seien oftmals nicht sichtbar. Sie konkurrieren anstatt zusammenzuarbeiten und damit den Menschen wirklich flächendeckend zu helfen. Es müsse eine größere Wertschätzung der eigenen afrikanischen Kultur erfolgen, z.B. des Dialektes. Auch das würde die Menschen davon abhalten, in den Westen zu fliehen.

AFRIKA ALS TERRA INCOGNITA

Das Korrespondentennetz deutscher Medien ist auf dem afrikanischen Kontinent nur großmaschig vorhanden. Besonders die Printmedien stehen unter einem enormen Kostendruck und müssen Personal abbauen. Dabei fallen Regionen wie Afrika unter den Tisch. Die überwiegend frankophone Region Westafrikas wird von Kolleg*innen im tausende Kilometer entfernt liegenden Nigeria abgedeckt. Die Sprachbarrieren sind groß und verzerren den Blick auf den Kontinent. Briten und Franzosen dagegen profitieren von alten kolonialen Bezügen. Für die EU ist die Afrikanische Union (AU) der konstruktive Ansprechpartner bei Krisenbewältigung. JournalistInnen tauschen sich untereinander aus. Sowohl in der Bundesregierung als auch in der bundesdeutschen Medienlandschaft muss man ausgewiesene Afrika-ExpertInnen mit der Lupe suchen. Im Klartext: Es gibt sie so gut wie nicht mehr.

DIE STÄDTE TELTOW UND NEURUPPIN IM FOKUS

Kommunale Kommunikation, Prioritäten und Blockaden



TELTOW, die im südlichen Speckgürtel Berlins gelegene, einwohnerstärkste Kommune im Landkreis Potsdam-Mittelmark, verzeichnet seit der Anbindung an das Berliner S-Bahnnetz eine stetige positive Bevölkerungsentwicklung. An der südlichen Grenze Berlins und nicht weit weg von Potsdam gelegen ist die Stadt ein beliebter Wohnort mit guter Infrastruktur. Gleichzeitig ist sie etablierter Standort für High-Tech-Firmen und Forschungszentren. Die Verkehrsanbindung ist sehr gut.

TELTOW IM MUSKELRING DER BUNDESHAUPTSTADT

Die Stadt Teltow liegt nach Bürgermeister **THOMAS SCHMIDT** nicht im Speckgürtel, sondern im Muskelring Berlins. Die proportional am schnellsten wachsende Mittelstadt in der Bundesrepublik braucht allerdings die Unterstützung der Landesregierung, um dieser Rolle mit der erforderlichen weichen Infrastruktur wie Schulen und Kitas gerecht zu werden. Nicht immer gelingt die Kommunikation mit den Nachbargemeinden Stahnsdorf und Kleinmachnow. Für die Bürger*innen spürbar wird dies an Verkehrsbaustellen, die nicht kommunenübergreifend abgestimmt sind. Hier gibt es im Innenverhältnis einen großen Verbesserungsbedarf in der Kommunikation.

FLUCH UND SEGEN DER DIGITALEN WELT

Digitale Medien sind Fluch und Segen zugleich. So hat die Stadt Teltow ihren kommunalen Haushalt komplett auf ihre Homepage gestellt. Er lässt sich jetzt bis auf die letzte Kostenstelle nachverfolgen. Diese Transparenz wurde in der Bevölkerung sehr gut aufgenommen und führte dazu, dass die darauffolgenden Haushaltsberatungen reibungslos verliefen.

Weniger gefragt hingegen sind Direktübertragungen von Sitzungen der Stadtverordneten. Das stößt auf eher geringes Interesse. Hingegen fand der Beschluss, das Amtsblatt in Papierform kostenfrei in die Haushalte zu bringen, breite Zustimmung. Das beweist, dass Papier als Medium nicht zu unterschätzen ist. Noch immer lässt sich damit eine Vielzahl von Bürgern erreichen.

Mit den Abgründen digitaler Kommunikation wurden die Verantwortlichen z.B. in der Kommunikationsphase für den kommunal gebauten Sportboothafen am Teltowkanal konfrontiert. Hier wurden die digitalen Medien missbraucht, um Politikgestaltung vor Ort durchzusetzen. Wer da nicht reagiert, hat keine Chance mehr, die Dinge geradzurücken, betont der Bürgermeister. Während Teltow eine einzige Stelle dafür besetzt, hat eine Großstadt in Sachsen nur für den Bereich Social Media 20 Mitarbeiter. Digitale Medien bringen Verwaltungen durch ihre zu langen Reaktionszeiten an ihre Grenzen.

AGENDA 2030 IN TELTOW

Zur Agenda 2030 gab es im Januar 2020 einen Grundsatzbeschluss in Teltow. Schon seit vier Jahren unterstützt eine im Hinblick auf die SDGs parteilich nicht zugeordnete Bürgerschaft die lokale Agenda in der örtlichen Politik. Mit einem eigenen Budget und einem Teilzeitmitarbeiter wurde beispielsweise die Entwicklung des Gutsparks beschlossen und vorangebracht.

Das kommunale Klimaschutzkonzept wird kontinuierlich fortgeschrieben, doch die wachsende Kommune hat ihre eigenen Herausforderungen, die in der Bürgerschaft lebhaft diskutiert werden. Die Zusammenlegung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften mit der Fernwärme erlaubt eine Steuerung im Interesse der Bevölkerung.



Die Handreichungen bezüglich der SDGs sind von den Ministerien ausreichend kommuniziert worden. In der Zivilgesellschaft und Bürgerschaft ist angekommen, dass jeder Einzelne etwas tun muss.

Als problematisch erweist sich die Zusammenarbeit mit dem beim Landkreis angesiedelten ÖPNV: Hier wird zu intensiv in eigenen Grenzen gedacht. Derzeit ist ein landkreisübergreifendes Pilotprojekt zur Umsetzung von autark fahrenden Bussen in der Planung. Hier wird eine lebhaft Diskussion erwartet, speziell was die Ausweisung der dafür vorgesehenen Routen betrifft. Das wäre ein Thema für den Städte- und Gemeindebund. Gleiches gilt für die öffentliche Beschaffung.

Als für die zukünftige Kommunikation mit Bürger*innen bemerkenswert bezeichnet Thomas Schmidt den Einzug zweier Vertreter in die Stadtversammlung, die in ein Kommunalparlament ohne Informationen zu Namen und Personen gewählt wurden.

NEURUPPIN IM BABYSPECK STATT MUSKELRING

JENS-PETER GOLDE, Bürgermeister von Neuruppin, verortet seine Stadt eher im Babyspeck und weniger im Muskelring der Bundeshauptstadt. Ungeachtet dessen hat auch Neuruppin mit derzeit über 31.000 Einwohnern seit der Wende demografisch zugelegt. Sie verpasste sich in Gedenken an ihren bekanntesten Sohn, den Dichter Theodor Fontane, ein neues Image, bekam das größte Thermalbad weit und breit und investierte rechtzeitig zum Fontanejahr 2019 in ein Museum mit gehobenem Anspruch.

Von Kommunikationsproblemen weiß auch er zu berichten, allen voran der Bürgerschaft zu vermitteln, dass die vielen Straßen in der Stadt in sehr unterschiedliche Zuständigkeiten fallen und die Stadt oftmals außen vor bleibt. Kreisverkehre werden zurückgebaut, weil Langtransporter nicht durchkommen, Forderungen nach Ampeln oder Zebrastreifen von Landesseite abgeblockt, ganz zu schweigen vom hohen Reparaturaufwand für Kopfsteinpflaster-



*Die Kreisstadt **Neuruppin** (Landkreis Ostprignitz-Ruppin), die seit 1998 den offiziellen Beinamen „Fontanestadt“ trägt, ist der wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt im Nordwesten des Landes und seit einigen Jahren Standort der Medizinischen Hochschule Brandenburg Theodor Fontane. Rund 70 km von Berlin entfernt ist die Stadt mit rd. 31.000 Einwohnern auch der Geburtsort Theodor Fontanes und Friedrich Schinkels.*

Als eine von 15 Wachstumsregionen im Land Brandenburg sind etwa 1.200 Firmen dort ansässig. Um die Wirtschaftsförderung, Ansiedlung innovativer Unternehmungen, Stadt- und Tourismusmarketing sowie Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden kümmert sich die InKom Neuruppin Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH vor Ort.

straßen, die unter den Belastungen des Schwerlastverkehrs leiden.

Im Vergleich zu westdeutschen Städten ist aufgrund der früheren Mangelwirtschaft mehr Substanz erhalten geblieben. Die Erteilung von Baugenehmigungen liegt oftmals in der Abwägung zwischen Brand- und Denkmalschutz, nicht so gut wie möglich, sondern so gut wie nötig, um ausufernde Kosten zu meiden.

KOMMUNALE ENERGIE- UND WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Stolz ist der Bürgermeister auf den richtungsweisenden Beschluss, sowohl die Stadtwerke als auch die Wohnungsbaugesellschaft zu 100 Prozent in städtischer Hand zu belassen. Das ermöglicht einerseits eine durchschnittliche Wohnungsmiete von 4,35 Euro pro m² im kommunalen Wohnungswesen. Es erlaubt andererseits eine nachhaltige Gewinnung von Wärme und Strom von über 65 Prozent des Eigenbedarfs durch dezentrale Erzeugungsanlagen. Auch im Bereich der Fernwärme setzt die Kommune zunehmend auf erneuerbare Energien. So soll beispielsweise Holz aus lokalen Kurzumtriebsplantagen eingesetzt werden.



Ortbeiräte können selbst über jährlich 150.000 Euro entscheiden, ob sie in einen Radweg oder anderes investieren wollen. Es gibt bereits 19 Elektrotankstellen mit insgesamt 40 Ladepunkten in Neuruppin und Umgebung. Sein Dienstfahrzeug ist ein Hybrid-Volvo, die Kurzstrecken fährt der Bürgermeister mit Ökostrom.

TRANSPARENZ DURCH DIGITALISIERUNG

Transparenz ist wichtig. Für die Einrichtung eines Sorgentelefon gab es viel Interesse in der Bürgerschaft. Der Fluch der digitalen Medien liege in ihrer Anonymität. Neuruppin kam vor drei Jahren wegen einer Kreidebemalung auf einer öffentlichen Straße mittels „Shitstorm“ als kinderunfreundlichste Kommune bundesweit in die Schlagzeilen. Städtische Gegenmaßnahmen wurden als Populismus ausgelegt – das hat mit Sachlichkeit nichts mehr zu tun. Ein anderes Beispiel sind zentralgesteuerte Fragenkatalog einer Partei, deren Bearbeitung allein zwei Mitarbeiter der Stadtverwaltung drei Tage beschäftigte.

ZUSTÄNDIGKEIT VERSUS VERANTWORTLICHKEIT

Die eigene Verwaltung von ihrer Rolle als Dienstleister zu überzeugen, habe Bürgermeister Jens-Peter Golde den Mitarbeitern so erklärt, dass jeder Neuruppiner täglich 1,65 Euro für deren Gehälter ausgibt. Deshalb nett und freundlich sein, auch wenn es manchmal an die Grenzen der Belastbarkeit führt. Die Kolleg*innen müssen sich entscheiden, ob sie für etwas zuständig sind oder sich für etwas verantwortlich fühlen.

Neuruppin ist eine Kulturstadt mit Streitkultur. Wir reden mehr miteinander, um extremen Meinungen und Populismus kein Podium zu bieten.

Resümee

Lernprozesse und Wille zu Veränderungen werden vornehmlich durch Katastrophen in Gang gesetzt. Umso dringlicher ist es heute, bevor die zu erwartenden Bedrohungen aufgrund des Klimawandels auch hierzulande mit aller Wucht ankommen, das Bewusstsein und Verständnis für nachhaltiges Zusammenleben zu schärfen. Um die notwendigen Veränderungen auch in der deutschen Gesellschaft anzustoßen, setzen die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen den globalen Rahmen. Wie aber können diese komplexen Prozesse in die Gesellschaft kommuniziert werden?

Es geht nicht ohne generationsübergreifende Förderung entsprechender Bildungsangebote in einfacher bis komplexer Sprache auf allen Ausbildungsebenen. Flankiert wird dies durch eine Streitkultur, die wir erst wieder neu lernen müssen. Unterschiedliche Meinungen zu haben hat etwas Kreatives und Konstruktives, das in unserer schnelllebigen Welt aus dem Sichtfeld zu geraten scheint.

Die digitalen Medien beschleunigen diese Prozesse auf der Oberfläche. Das tiefere Verständnis ist manchmal nicht einmal mehr der bloßen Kenntnis gewichen. Im akuten Krisenfall lösen die digitalen Medien ein regelrechtes Rudelverhalten aus, das die Menschen schlechter agieren lässt und gute Politik erschwert. Dem gegenüber stehen positive Erfahrungen mit digitalen Medien, etwa wenn sie verantwortlich eingesetzt und moderiert werden.

Um nicht jedem Hype aufzusitzen, müssen wir erst einmal einen Schritt zurückgehen, um zu uns selbst zu finden. Denn erst wenn wir wissen, wie wir mit unseren Emotionen umgehen, die unseren Körper und Geist steuern, können wir Vertrauen aufbauen und wieder zusammenkommen.

Wir brauchen die Einsicht und das Vertrauen darauf, dass unsere Demokratie längst noch nicht an ihre Grenze gestoßen ist, weil die populistischen Strömungen von rechts scheinbar in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Wir brauchen auch nicht zwangsläufig eine neue Ethik, sondern die Wertschätzung des bisher Erreichten – auf der Grundlage unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Dieses klein zu reden oder gegeneinander auszuspielen, unterhöhlt nicht nur das „Leben und leben lassen“ in einer aufgeklärten Gesellschaft. Es befördert Gleichmacherei und verhindert Fortschritt.

Es bleibt die Kernfrage: *Wie kann das bisher Erreichte sichtbar gemacht und in Zusammenhang gebracht werden mit unserem guten Leben von heute?*

Einige Antworten für eine verbesserte Kommunikation haben sich herauskristallisiert:

- 1. Klare Überschriften in unserer Kommunikation zu setzen.**
- 2. Die eigene konzeptionelle Ratlosigkeit überwinden durch konstruktiven und kreativen Dialog.**
- 3. Miteinander und nicht übereinander reden und dabei Probleme aufzeigen, um nicht den zerstörerischen Kräften mit unserem Schweigen Vorschub zu leisten.**
- 4. Dinge beim Namen nennen, weiterdenken und Konsequenzen folgen lassen.**

Dazu haben diese Konferenz und ihre Teilnehmenden einen wertvollen Beitrag geleistet.

Heike Möller

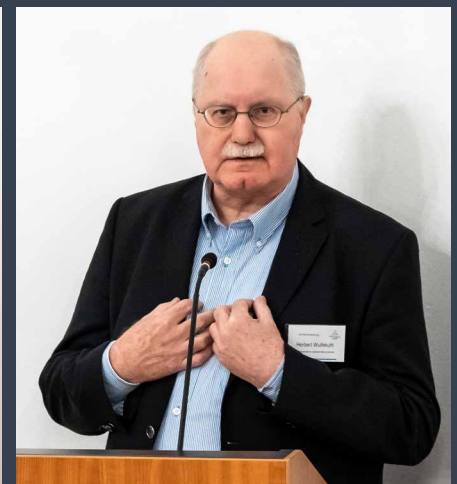
WEITERE INFORMATIONEN:

- Jaron Lanier, Zehn Gründe, warum du deine Social Media Accounts sofort löschen musst, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 2019
- „Never Is Now“, ADL International Leadership Award Presented to Sacha Baron Cohen: <https://www.youtube.com/watch?v=ymaWq5yZIYM#action=share>







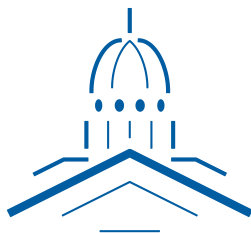






LAND
BRANDENBURG

Ministerium der Justiz und für
Europa und Verbraucherschutz



EVANGELISCHE
AKADEMIE
ZU BERLIN



**bpb: Anerkannter
Bildungsträger**

Die Ev. Akademie zu Berlin ist Mitglied im Dach-
verband der Ev. Akademien in Deutschland e.V.

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung
der Herausgeber*innen wieder.

IMPRESSUM:

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:

Heinz-Joachim Lohmann, Evangelische Akademie zu Berlin

Detlev Groß, Ministerium der Justiz und für Europa und
Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Axel von Hoerschelmann, Verein zur Förderung von
Wissenschaft und Praxis der Mediation e.V.

Dr. Kambiz Ghawami, World University Service Germany

Holger Ehmke, Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitschrift: Heike Möller

Redaktion & Lektorat: Heike Möller, Harald Melzer

Fotos, Layout & Satz: Tatjana Pott

Erscheinungsdatum: Februar 2020

Gefördert durch Mittel des Ministeriums der
Justiz und für Europa und Verbraucherschutz
des Landes Brandenburg.